

Sechs Monate Grün-Schwarz:

Die CDU gibt den Takt vor!



Für die Bürger das Beste erreichen. Daran arbeitet die grün-schwarze Regierung im Land seit sechs Monaten. Und dieses erste halbe Jahr hat deutlich gezeigt: In Stuttgart gibt die CDU den Takt vor. Es sind die von der CDU geführten Ressorts in den Bereichen Bildung, Innen, Justiz, Ländlicher Raum und Wirtschaft, die wesentlichen Projekte dieser Regierung voranbringen. Auf den folgenden Seiten erhalten Sie einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte der ersten Monate.

Bildung

In der Bildungspolitik gibt es wieder Verlässlichkeit. Das bringt Ruhe in die Schulen und sorgt für die dringend notwendige Qualitätsverbesserung.

Realschulen werden gestärkt

Eines der Hauptanliegen der CDU war und ist die Stärkung der Realschulen. Dieses verwirklichen wir konkret in zweierlei Hinsicht: einerseits stellen wir den Realschulen in mehreren Schritten 20 zusätzliche Poolstunden zur Verfügung: Bis zum Ende der Legislaturperiode soll so eine Gleichbehandlung mit den Gemeinschaftsschulen erzielt werden. Außerdem verbessern wir die Möglichkeiten für leistungsdifferenzierten Unterricht in der Realschule. Den Realschulen wird damit ermöglicht, flexibler auf die Herausforderungen einer zunehmend heterogeneren Schülerschaft zu reagieren. Qualität und Leistung – unseren wichtigsten schulpolitischen Akzenten – wird so optimal Rechnung getragen.



Grundschulempfehlung muss vorgelegt werden

Die Grundschulempfehlung wird künftig bei der weiterführenden Schule vorzulegen sein. Diese Vorlagepflicht ist keine Gängelerei, denn die Eltern haben weiterhin die Wahlfreiheit bezüglich der weiterführenden Schulart. Vielmehr trägt die Vorlagepflicht zur Transparenz für

alle Beteiligten bei und schafft bessere Fördermöglichkeiten. Die Neuregelung soll erstmals für den Übergang auf die weiterführenden Schulen im Jahr 2018 gelten.

Finanzierung der Bildungshäuser gesichert

In den Bildungshäusern leisten Erzieherinnen und Erzieher gemeinsam mit Grundschullehrkräften hervorragende Arbeit, um Kindern einen guten Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu ermöglichen. Der Ministerrat beschloss im Oktober, die bestehenden 194 „Bildungshäuser 3-10“ dauerhaft zu finanzieren. Mit dieser Entscheidung sichert die Landesregierung den Fortbestand der derzeitigen Standorte. Dafür plant die Landesregierung Mittel in Höhe von ca. 1,8 Millionen Euro pro Jahr ein.

Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrer

Haupt- und Werkrealschullehrern, die nicht mehr an einer dieser Schularten arbeiten, geben wir Perspektiven. Noch 2016 starten die Weiterqualifizierungsmaßnahmen für diese Lehrerinnen und Lehrer. So erweitern wir das pädagogische Profil dieser Lehrkräfte und bereiten sie auf Aufgaben an anderen Schularten vor.

Mehr Geld für Musikschulen

Die Finanzierung der Musikschulen ist gesichert. Im Haushalt 2017 ist vorgesehen, dass 1,6 Millionen Euro für die Finanzierung des strukturellen Defizits und 3,3 Millionen Euro für den Abbau der Bugwelle zur Verfügung stehen sollen. Damit sichern wir dieses wichtige Feld der kulturellen Bildung auch finanziell ab.

Rekordeinstellung bei Lehrern

Wir machen Ernst mit der Qualität - dazu gehört auch und besonders die wichtige Rolle der Lehrerinnen und Lehrer. Rund 6.600 junge Pädagogen (eine Rekordzahl) konnten wir zum neuen Schuljahr einstellen. Damit sichern wir den Lehrernachwuchs auf einem immer stärker umkämpften, bewerberorientierten Arbeitsmarkt.

Sechs Monate Grün-Schwarz:

Die CDU gibt den Takt vor!



Innen / Digitalisierung

Die Stärkung der Inneren Sicherheit ist das Kernthema der Union. Bei der Digitalisierung bringen wir das Land rasch voran.



Innere Sicherheit gestärkt

Mit dem klaren Ziel, den Menschen wieder ein Gefühl der Sicherheit zu geben, sind wir angetreten. Daran arbeiten wir erfolgreich Schritt für Schritt. Wir stärken unsere Polizei mit mehr Personal und besserer Ausrüstung. In einem ersten Schritt werden wir im Haushalt 2017 über 380 neue Stellen schaffen. Bis zum Ende der Legislatur werden es 1.500 neue Stellen sein! Bei Ausrüstung und Anzahl der Einsatzfahrzeuge wird die Polizei auf den neuesten Stand ausgerüstet und die Bewaffnung der Polizei mit 2.800 Maschinenpistolen MP 7 verbessert. Für einen besseren Schutz der Beamtinnen und Beamten wurde das Body-Cam-Gesetz inklusive des sogenannten Pre-Recording verabschiedet. Grün-Rot hat fünf Jahre übers Namensschildchen geredet, wir haben die Body-Cam nach fünf Monaten im Landtag beschlossen - übrigens mit Zustimmung von Fraktionen aus der Opposition. Durch neue Konzeptionen für lebensbedrohliche Einsatzlagen und Massengeiselnahmen sowie durch einen neuen Alarmplan gewährleisten wir einen besseren Schutz der Bevölkerung. Dazu wird auch die für Frühjahr 2017 vereinbarte Stabsrahmenübung von Polizei und Bundeswehr beitragen. Bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität sind wir dank der Kooperationsvereinbarung mit Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen sowie dank des Memorandum of Understanding mit Georgien einen großen Schritt vorangekommen. In diesen Tagen haben wir in einer länderübergreifenden Großkontrolle 4.000 Personen und

2.000 Kraftfahrzeuge kontrolliert. Wir erhöhen damit den Fahndungsdruck und schnell auch die Polizeidichte. Wir reden nicht nur, wir handeln! Baden-Württemberg: das sicherste Bundesland der Republik!

Migration gestaltet und gesteuert

Die Zahlen der Abschiebungen sowie der freiwilligen Rückkehr konnten gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Die Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber und ausreisepflichtiger Ausländer setzen wir konsequent durch. Dem Abschiebedruck folgend steigt die Zahl der „freiwilligen“ Rückreisen noch stärker. Genau so konsequent haben wir die Wohnsitzauflage umgesetzt! Zudem haben wir die Zustimmung Baden-Württembergs im Bundesrat für die Anerkennung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer gesichert. Die Zuzugszahlen gehen dramatisch zurück. Wir begrenzen Zuwanderung deutlich, wir ordnen und steuern!

Not gelindert

Nach den schweren Unwettern Mitte des Jahres haben wir schnell und unbürokratisch Unwetterhilfen für Private und Kommunen bereitgestellt. Besonders das schwer getroffene Braunsbach konnte rasch unterstützt werden. Mit der Integration der Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes und der Hochwasserinformationen des Landes in die neue Warn-App NINA konnte eine wichtige präventive Maßnahme umgesetzt werden. Die Einrichtung des Katastrophenschutzfonds mit über 30 Mio. Euro gemeinsam mit den Kommunen wird im Notfall künftig schnellere Hilfen ermöglichen. Um die Rettung aus besonderen Notlagen zu gewährleisten, wurde die Verbesserung der Finanzierung für Bergwacht und Wasserwacht auf den Weg gebracht.

Digitalisierung vorangebracht

Die Digitalisierung verändert die Welt. Mit der Bündelung des Querschnittsthemas Digitalisierung im Innenministerium wurde ein einheitlicher Ansprechpartner im Land geschaffen. Der Breitbandausbau konnte im ganzen Land einen großen Schritt vorangebracht werden. Mit Blick auf den Ausbau der digitalen Verwaltung konnte in einem ersten Schritt die finanzielle Grundlage für die landesweite E-Akte geschaffen werden.

Sechs Monate Grün-Schwarz:

Die CDU gibt den Takt vor!



Justiz / Europa

Mehr Personal, klare Regeln und Verfahrensverbesserungen sorgen für eine leistungsfähige und moderne Justiz im Land. Die Bündelung der Europazuständigkeiten hat sich bereits bewährt.

200 neue Stellen für eine starke Justiz im ganzen Land

Ohne leistungsfähige Gerichte und Staatsanwaltschaften ist kein Staat zu machen. Und nur ein gut aufgestellter Justizvollzug kann für mehr Sicherheit hinter und damit auch vor Gefängnismauern sorgen. Aktuell stellen immer komplexere Verfahren und eine zunehmende Zahl ausländischer Gefangener die baden-württembergische Justiz vor wachsende Herausforderungen. Hier schaffen wir Abhilfe. Mit den nun im Haushalt 2017 absehbaren über 200 zusätzlichen Stellen werden wir zum ersten Mal seit langem wieder die Justiz in der ganzen Fläche des Landes verstärken. Dabei wollen wir auch neue Schwerpunkte setzen. Unsere Staatsanwaltschaften werden den Kampf gegen die „Cyber-Kriminalität“ intensivieren und mit dafür sorgen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum wird. Auf diesem Wege stärken wir die Sicherheit im Land ebenso wie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat.

„Kopftuchverbot“ für Richterinnen und Staatsanwältinnen

Um sicherzustellen, dass unsere Gerichte allein auf der Grundlage von Recht und Gesetz und eben nicht vor dem Hintergrund religiöser Einstellungen entscheiden, hat das Justizministerium die gesetzliche Grundlage für ein „Kopftuchverbot“ für Richterinnen und Staatsanwältinnen auf den Weg gebracht. Wir wollen gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die strikte Neutralität der Justiz im Land vertrauen können. Kopftücher oder andere solche Symbole könnten dieses Vertrauen jedoch empfindlich stören. Das wollen wir verhindern.



Bei Digitalisierung oder Bewährungshilfe: der Koalitionsvertrag wird zügig umgesetzt

Mit der Zurückverlagerung der Bewährungshilfe aufs Land haben wir bereits jetzt einen Arbeitsauftrag aus der Koalitionsvereinbarung schnell und reibungslos umgesetzt. Mit dem Gesetz zur psychosozialen Prozessbegleitung helfen wir den Opfern von Straftaten, wenn Sie als Zeugen ihren Peinigern im Prozess gegenüberreten und dadurch eine wirksame Strafverfolgung oftmals erst möglich machen. Und auch bei der Digitalisierung geht die Justiz voran. Als erstes Bundesland führt Baden-Württemberg die vollelektronische Akte in gerichtlichen Streitverfahren ein, ganz ohne Aktenführung in Papier.

Mehr Rechtsstaatlichkeit in Europa

Als Reaktion auf den Brexit hat das Europaministerium eine Brexitfolgenabschätzung erarbeitet, die die vielfältigen Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft im Land bewertet. Der Brexit zeigt zudem, dass Baden-Württemberg als Land im Herzen Europas eine neue Europastrategie braucht. Wir setzen dabei auf zwei zentrale Prinzipien: Ein Europa der Regionen statt Brüsseler Zentralismus. Und den Schutz der Rechtsstaatlichkeit. Denn die Einhaltung vereinbarter Rechtsstandards muss in Europa wieder zur Regel werden. Und auch im Verhältnis zur Türkei gilt: Rechtsstaatlichkeit darf nicht zur Disposition stehen. Wer gegen eine unabhängige Justiz oder die freie Presse vorgeht, hat keinen Platz in Europa. Wenn die Türkei die Todesstrafe wieder einführt, müssen die EU-Beitrittsgespräche daher vollständig unterbrochen werden.

Sechs Monate Grün-Schwarz:

Die CDU gibt den Takt vor!



Wirtschaft

In Baden-Württemberg gibt es wieder eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Das spürt man.

Mittelstand und Handwerk wieder stärker im Blick

Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL und Staatssekretärin Katrin Schütz sehen es als ihre ureigene Aufgabe an, Mittler zwischen Politik und mittelständischer Praxis zu sein und stehen in intensivem Austausch vor Ort mit Unternehmen, Beschäftigten, mit Verbänden und Organisationen. Besondere Priorität hat für uns die Vermeidung unnötiger Bürokratielasten. Beim Strategieprojekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ wurde in enger Abstimmung mit allen Beteiligten auf die Zielgerade eingeschwenkt und die notwendigen Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der Empfehlungen geschaffen.

Innovation und Digitalisierung aktiv voranbringen

Der Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft fußt maßgeblich auf der weltweiten Technologieführerschaft ihrer Unternehmen. Dazu zählen nicht nur die großen ‚Global Player‘ des Landes, sondern auch viele mittelständische Unternehmen, die als sogenannte ‚Hidden Champions‘ Weltmarktführer in ihren jeweiligen Bereichen sind. Um die erforderliche Innovationsfähigkeit gerade des Mittelstands zu erhalten und zu stärken, haben wir einen ehrenamtlichen Technologiebeauftragten eingesetzt und wir werden die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen stärken und weiterentwickeln. Außerdem laufen die Vorarbeiten für eine breit aufgestellte Initiative Wirtschaft 4.0 mit neuen Maßnahmen für die Industrie, aber auch für Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Wir bauen auf Technologieoffenheit sowie auf Forschung und Entwicklung, gerade auch im Fahrzeugbau. Ein Verbot des Verbrennungsmotors ab 2030 und eine zu schnelle und unbedachte Einführung von blauen Umweltzonen lehnen wir ab.

Fachkräfte für unsere Unternehmen

Mit der Fachkräfteallianz und dem Ausbildungsbündnis haben wir alle relevanten Partner am Arbeitsmarkt eingebunden. Beide Formate haben wir entlang der bestehenden Herausforderungen ausgerichtet und neue Maßnahmen konzipiert. Priorität hat für uns, die Menschen im Inland in Ausbildung und Beschäftigung

zu halten und zu bringen. Hierzu stärken wir die duale Ausbildung. Zu einer verstärkten Gewinnung von jungen Menschen für die betriebliche Ausbildung gehört auch die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Darüber hinaus sehen wir den Bedarf einer zusätzlichen Zuwanderung von hoch qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten, die nicht als Flüchtlinge zu uns kommen. Hier setzen wir auf landesweite Welcome Center, bei denen die alte Landesregierung die erforderliche Weiterfinanzierung über das Wahljahr hinaus versäumt hat.

Gründungsoffensive starten

Wir legen die Basis für einen erfolgreichen High-tech-Gründungsstandort Baden-Württemberg und dabei besonderen Fokus auf den Bereich Wagniskapital. Mit einem Innovationsfonds BW wollen wir einen Beitrag zur Eigenkapitalstärkung von Gründern und Jungunternehmern leisten. Auch werden wir die erfolgreichen Innovationsgutscheine um Digitalisierungsthemen ergänzen. Mit einem neuen Landeswettbewerb „Gründerfreundliche Kommune“ setzen wir auf eine bürokratiearme Unterstützung von Gründern und Jungunternehmern und wir werden beim Ausbau des Gründungsnetzwerks BW auch neue Vertreter der Gründungsszene aus der Privatwirtschaft in den politischen Dialog einbinden. Die Finanzierungslandschaft werden wir durch neue Mikrokredit- und Schwarmfinanzierungsangebote optimieren und die Gründungsqualifizierung im Rahmen des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ verstärken.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Mit dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir eine Wohnraum-Allianz als ein zentrales und auf die gesamte Legislaturperiode angelegtes Forum des Landes zur Erörterung aller mit dem Wohnungsbau geschehen zusammenhängenden Fragen gegründet. In enger Abstimmung mit allen am Wohnungsmarkt beteiligten Akteuren haben wir schon in den ersten Monaten einige Handlungsfelder herausgearbeitet, bei denen Hemmnisse für Wohnungsbau abgebaut werden müssen. Erste entsprechende Maßnahmen wollen wir bereits in 2017 umsetzen. Eine zentrale Maßnahme bereits in 2017 wird die Neugestaltung des Landeswohnraumförderprogramms sein, dessen Finanzausstattung von 205 auf 250 Millionen Euro jährlich erhöht werden soll.

Sechs Monate Grün-Schwarz:

Die CDU gibt den Takt vor!



Ländlicher Raum

Die CDU macht eine engagierte Politik für die Ländlichen Räume im Land. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind für uns keine Leerformel, sondern ein Maßstab, an dem wir uns messen lassen. Auch die Landwirte haben mit der CDU wieder einen verlässlichen Ansprechpartner in der Landespolitik.

10 Punkte für die Milchwirtschaft

Bereits am 6. Juni 2016 hat Minister Peter Hauk anlässlich der kritischen Lage am Milchmarkt die wesentlichen baden-württembergischen Akteure zum Gespräch eingeladen. In dessen Folge haben wir den 10-Punkte-Plan-Milch aufgelegt. Am 9. Oktober haben wir auf der Oberschwabenschau den Landeswettbewerb Milch „Vielfalt – Genuss – Verantwortung“ gestartet. Wir haben uns beim Bund für einen erhöhten Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung und die schnelle Einführung der Steuerglättung für einen Zeitraum von drei Jahren stark gemacht. Im Bundesrat hat Baden-Württemberg zugestimmt, befristet Mengenabsprachen am Milchmarkt kartellrechtlich zu ermöglichen. Die EU-Finanzhilfe zur Reduzierung der Milchmenge wurde schnell umgesetzt.

Hilfe für Unwettergeschädigte

Wo die Landwirtschaft durch Starkregen und Überschwemmungen geschädigt wurde, haben wir sieben Millionen Euro Unwetterbeihilfen aus Landesmitteln bereitgestellt. Wir haben eine Sonderlinie Unwetterhilfe im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) aufgelegt.

Förderung der Innenentwicklung unserer Dörfer

Die Hälfte der ELR-Mittel stehen in diesem Jahr für Anträge auf Förderung wohnraumbezogener, innerörtlicher Projekte (Sanierung, Innenentwicklung) bereit. Wir setzen uns für den Erhalt von Dorfgasthäusern und Dorfläden ein. Damit wird die Dorfentwicklung im Ländlichen Raum gestärkt.



Anliegen des Ländlichen Raums in den Fokus nehmen

Zur Stärkung und Weiterentwicklung des Ländlichen Raums haben wir einen Kabinettsausschuss für den Ländlichen Raum unter Vorsitz des Ministers für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz eingerichtet. Der Kabinettsausschuss Ländlicher Raum beantwortet ressortübergreifend und unter Beteiligung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen Zukunftsfragen, die sich aus demographischem und gesellschaftlichem Wandel ergeben.

Jagdgesetz entschärft

Mit der Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes wird die Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Zum einen wird die erforderliche Mindestfläche bei Fütterungskonzeptionen für Rehwild von 2.500 ha auf 1.500 ha abgesenkt. Zum anderen werden die Bejagungsmöglichkeiten für Schwarzwild im Wald im Monat März, sofern günstige Schneelagen es zulassen, verbessert.

Herausgeber:
CDU Baden-Württemberg | Landesgeschäftsstelle
Hasenbergstraße 49b | 70176 Stuttgart
Telefon 0711/66904-0 | Telefax 0711/66904-15
info@cdu-bw.de | www.cdu-bw.de

Bildnachweis:
Fotolia.com: S.1: © famveldman | S.2: © Heiko Küverling | © S.3: sebra
S. 5: marcelheinzmann | Umschlag/Titel: © uliyamiro37046